

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig,
Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/7937 –**

Das deutsche Engagement in Afghanistan beenden

A. Problem

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion ist es nach 18 Jahren Einsatz in Afghanistan nicht gelungen, die nationalen afghanischen Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, das Land in der Fläche nachhaltig zu befrieden. Da die Bundesregierung nicht in der Lage sei, ein glaubhaftes Szenario und eine belastbare Planung zu präsentieren, die eine Trendumkehr herbeiführen würde, sei damit zu rechnen, dass sich dieser Trend zum Schlechteren fortsetzen wird.

Die Bundesregierung soll daher u. a. aufgefordert werden, erstens den Abzug deutscher Entwicklungsorganisationen – soweit beeinflussbar – zu veranlassen, den Abzug der deutschen Unterstützungskräfte aus Verwaltung, Justiz und Polizei Afghanistans vorzubereiten und durchzuführen sowie die noch verbliebenen deutschen Streitkräfte im engen Schulterschluss mit den Verbündeten abzuziehen; zweitens den Beschluss zum unverzüglichen, geordneten Abzug der NATO aus Afghanistan herbeizuführen; drittens sich für eine Friedensmission der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Afghanistan unter Mandat der Vereinten Nationen einzusetzen, die den aktuellen Einsatz der internationalen Gemeinschaft ersetzen könnte und viertens die Akteure vor Ort darin zu unterstützen, Möglichkeiten einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den Taliban und den übrigen afghanischen Akteuren aus Staat und Zivilgesellschaft sowie den relevanten internationalen Organisationen für den Zeitraum nach dem Abzug Deutschlands zu vereinbaren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Bundestagsdrucksache 19/7937 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Gisela Manderla
Berichterstatterin

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatterin

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gisela Manderla, Dr. Daniela De Ridder, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Heike Hänsel und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/7937** in seiner 83. Sitzung am 21. Februar 2019 beraten und an den Auswärtigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion ist es nach 18 Jahren Einsatz in Afghanistan nicht gelungen, die nationalen afghanischen Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, das Land in der Fläche nachhaltig zu befrieden. Da die Bundesregierung nicht in der Lage sei, ein glaubhaftes Szenario und eine belastbare Planung zu präsentieren, die eine Trendumkehr herbeiführen würde, sei damit zu rechnen, dass sich dieser Trend zum Schlechteren fortsetzen wird.

Die Bundesregierung soll daher u. a. aufgefordert werden, erstens den Abzug deutscher Entwicklungsorganisationen – soweit beeinflussbar – zu veranlassen, den Abzug der deutschen Unterstützungskräfte aus Verwaltung, Justiz und Polizei Afghanistans vorzubereiten und durchzuführen sowie die noch verbliebenen deutschen Streitkräfte im engen Schulterschluss mit den Verbündeten abzuziehen; zweitens den Beschluss zum unverzüglichen, geordneten Abzug der NATO aus Afghanistan herbeizuführen; drittens sich für eine Friedensmission der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Afghanistan unter Mandat der Vereinten Nationen einzusetzen, die den aktuellen Einsatz der internationalen Gemeinschaft ersetzen könnte und viertens die Akteure vor Ort darin zu unterstützen, Möglichkeiten einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den Taliban und den übrigen afghanischen Akteuren aus Staat und Zivilgesellschaft sowie den relevanten internationalen Organisationen für den Zeitraum nach dem Abzug Deutschlands zu vereinbaren.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage 19/7937 in seiner 29. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 29. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 20. März 2019

Gisela Manderla
Berichterstatlerin

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatlerin

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatler

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatler

Heike Hänsel
Berichterstatlerin

Omid Nouripour
Berichterstatler

